

# Sächsische Volkszeitung

Wochentl. täglich ausgm., mit Ausnahme der Sonn. und Feiertage.  
Beigangspreis: Sterreich: 1 Mrt. 50 Pf. (eine St.-Reichspf.). Bei  
ausgeweiteter Postanstalt: 1 Beitungspf. (eine St.-Reichspf.). Bei  
Reaktion: 1 Beitungspf. (eine St.-Reichspf.).

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Jahre werden die abgewählten Deputierte oder deren Namen in  
15 Pf. berechnet, bei Wiederholung beobachtender Abwesenheit  
Gesamtbetrag, Reaktion und Reichspräsident: Dresden  
Völkerber. Straße 43. — Gesamtbetrag 1 Kr. 100 Pf.

## Kündigung der Handelsverträge.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns hierzu geschiehen:

Wie rasch ist diese Forderung ausgesprochen, ohne daß man an die folgenschweren darauffolgenden Seiten denkt. Es macht in manchen Kreisen auch populär, mit diesem Wunsche recht breit aufzutreten. Der verantwortliche Verteil. der Reichspolitik aber kann nicht nach dem Tagesgeschäft handeln; er weiß, daß eine Kündigung der Handelsverträge gleichzeitig ist mit einer offiziellen Kriegserklärung. Der Zollkrieg ist die Wirkung, falls nicht innerhalb eines Jahres ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen wird. Ein Zollkrieg aber schadet beiden Teilen; er ist eben ein echter und wahrer Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete. Vom Reichskanzler nun deshalb die Kündigung der Handelsverträge zu fordern, halten wir für sehr überreicht. Die Öffentlichkeit und diese Männer und Dränger sind über den Gang der Vertragsverhandlungen doch gar nicht unterrichtet; sie wissen nicht, wo die Hindernisse liegen, sie haben sich wohl die Folgen dieser noch nicht überlegt. Der steile Ruf nach der Kündigung der Handelsverträge mit Österreich und der Schweiz kommt uns einem fortwährenden Säbelgrassel gleich. Wir aber haben keine Freude am Säbelgrassel. Auch erscheint uns gerade der jetzige Moment für eine solche "Drängelei" sehr ungeeignet gewählt. Mit den wichtigsten Vertragsstaaten sind wir eingegangen; nur Österreich und die Schweiz stehen noch aus; da ist es ganz selbstverständlich, daß eine Kündigung in dem Moment eintreten muß, wo eine Einnahme nicht erzielt wird. Die alten Handelsverträge mit den beiden Staaten können nicht weiter bestehen, wenn wir mit den übrigen Staaten neue abgeschlossen haben. Das verträgt sich nicht miteinander. Der späteste Termin der Einnahme aber ist der 31. Dezember 1904, das wissen die beiden Staaten so gut wie wir. Am 1. Januar 1905 treten die bereits abgeschlossenen neuen Verträge in Kraft, falls sie der Reichstag genehmigt; von diesem Tage ab können auch die seitlichen Verträge mit der Schweiz und mit Österreich nicht mehr in Wirklichkeit bleiben, und da eine Kündigungserklärung von einem Jahr vorgeschrieben ist, müßte dies spätestens am 31. Dezember 1904 erfolgen, falls bis dahin ein neuer Vertrag nicht fertig ist. Eine frühere Kündigung hätte gar nicht viel Wert und nicht viel Bedeutung; ob sie die Verhandlung beschleunigen würde, kann man bezweifeln; sie könnte auch nur erbittern.

Woher wissen aber nun die Dränger und Stürmer, daß ein neuer Vertrag mit den beiden genannten Staaten bis dahin nicht abgeschlossen werden kann? Sie sind doch in die Verhandlungen nicht eingeweiht und moderne Handelsverträge mit den Verhältnissen unseres Erwerbslebens kann man nicht im Handumdrehen zu stande bringen. Die anderen Staaten wehren sich auch um ihre Interessen und da braucht es geraume Zeit, bis ein Mittelweg gefunden wird. Man macht sich in vielen Kreisen gar kein richtiges Bild von diesen mühsamen Verhandlungen.

Unsere Unterhändler haben wohl ihre Instruktion auf den Weg erhalten; nun kommt aber der andere Staat mit ganz neuen Wünschen, von denen die Unterhändler nicht von sich aus Stellung nehmen können. Sie müssen sich nach Berlin wenden an ihre vorgesetzten Behörden; diese halten wieder unter sich Beratungen ab und dann geht die neue Instruktion den Unterhändlern zu. Wir selbst hatten dieser Tage Gelegenheit, den Stoff von Alten und Anfragen anzusehen, die allein wegen eines verhältnismäßig leichten Handelsvertrages hier in Berlin eingelaufen sind. Wenn nur einer der lauten Räuber diese Fazit durcharbeiten müchte, würde er bald sehr ruhig sein; mit dem Draufhauen ist eben hier nichts erreicht.

Nach unseren Informationen stehen aber auch die Aussichten auf eine Verständigung mit der Schweiz sehr gut, so daß in kürzester Zeit der Abschluß zu erwarten ist; eine Kündigung des Vertrages mit der "kleinen Schweiz" — wie man vielfach so verächtlich spricht — würde nicht zu ungünstigen Nutzen ausfallen; man nehme doch nur einmal die Statistik vor. Im Jahre 1903 führten wir für 171,8 Millionen Ware aus der Schweiz ein, während wir eine Ausfuhr von 304,1 Millionen dorthin hatten. Diese günstige Handelsbilanz verbankt wir in erster Linie dem Zollkrieg Frankreichs mit der Schweiz; damals hat sich der deutsche Handel dieses Terrains erobert und es seitdem behalten. Ein Zollkrieg unerfreulich mit diesem Nachbarlande würde dem französischen Handel sehr willkommen sein, da er uns verdrängt und unsere Industrie schwer schädigen würde. Namentlich Süddeutschland müßte die Rechte zahlen!

Etwas anders liegen die Dinge gegenüber Österreich-Ungarn; dort haben wir eine Unterbilanz von rund 225 Millionen. Das weiß Österreich-Ungarn auch; aber doch würde es sehr falsch sein, hier mit einer Kündigung vorzugehen, wo man nicht einmal recht in die Verhandlungen eingetreten ist. Österreich hat leider zu wenig Beamte für diese Arbeiten. Deshalb muß es immer wieder mit dem einen Staat ablehnen, wenn es mit dem anderen unterhandelt. Im Laufe dieses Monats werden die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn wieder aufgenommen werden und nach Abschluß des russischen und jetzt auch des rumänischen Handelsvertrages sind die Schwierigkeiten gar wenige geworden. Österreich weiß, daß es die Minimalgröße auf Getreide annehmen muß und daß wir im Interesse der heimischen Viehzucht unsere Grenzen stark bewachen werden, um gegen die Einschleppung von Seuchen geschützt zu sein. Angeichts dieser Verhältnisse nun zu rufen: Kündigung der

Handelsverträge! halten wir für höchst untunlich und naturnichts sollten sich alle jene, die durch das Volk in verantwortliche Stellen berufen sind, vor einem solch tönenden Schlagwort hüten.

Über den mutmaßlichen Inhalt der neuen Verträge zu schreiben, halten wir für überflüssig; aber das eine darf man aussprechen, daß es mit dem Abschluß und der Annahme sämtlicher neuer Handelsverträge nicht sein Betwenden haben kann; dann muß vielmehr die Frage erörtert werden, ob das System der allgemeinen Meistbegünstigung noch beibehalten werden kann, wir halten es für überlebt, ja, für einen handelspolitischen Unsinn in einem Zeitalter, wo alle Länder sich mit Zollmauern umgeben; in erster Linie muß unser höchst unklares handelspolitisches Verhältnis mit den Vereinigten Staaten einer gründlichen Prüfung und Umänderung unterzogen werden. Diesem Lande noch die Meistbegünstigung zu gewähren, während es diese den deutschen Waren veragt, würde eine Demütigung für uns sein und ein schwerer wirtschaftlicher Fehler. Das Ziel muß auch hier sein, von der allgemeinen Meistbegünstigung zu langfristigen Handelsverträgen überzugehen, die auch die deutschen wirtschaftlichen Interessen genügend schützen!

## Die Verlegenheit der österreichischen Sozialdemokratie.

Unsere deutschen Scharfmacher können von dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratien in Salzburg lernen. Es kam hierbei zu höchst interessanten Eingebildnissen. Die österreichische Regierung löst die Sozialdemokratie leicht ungeschoren, sie kümmert sich nicht weiter um deren Tun und Treiben, als sie dies auch anderen Parteien gegenüber beliebt. Und so kommt es, daß den Genossen ein gewaltiger Agitationsstoff fehlt; sie reiben sich dann untereinander und können die Massen nicht in Bewegung bringen. Die Prügel, die bei uns in Deutschland die Polizei von den Sozialdemokraten erhält, fallen dort reichlich auf die eigenen Führer ab. So gelang ein Genosse Bartels-Wien ganz offenherzig ein: "Wir sind nur verdrießlich, weil uns die Polizei nichts tut; da müssen denn die Führer die Blizableiter sein." In diesem Satz steht eine bittere Lehre für Deutschland, für die Scharfmacher und für überreiche Polizeiorgane; man lasse die Sozialdemokratie und ihre Organisation nur einmal ein Jahr ganz ungehören, kümmere sich um sie nicht mehr als um andere Parteien, behandle sie nach den Gesetzen wie alle anderen Leute und wir sind fest überzeugt, daß das österreichische Klosterglied auch in den Reihen der deutschen Genossen angesammelt wird. Was der Staat zur Bekämpfung der Sozialdemokratie tun kann, liegt zu einem guten Teile in dieser eigenartigen Verschwiegenheit; man gebe einfach dem Arbeitervolk ebendaselbe Recht, das andere Stände auch besitzen, man sei nicht kleinlich und engherzig gegenüber denselben und man wird sehen, wie auch in Deutschland die Genossen jammern, daß ihnen die Polizei „nichts tut".

Das Zentrum hat im Reichstage stets diejenigen Standpunkte vertreten. Die österreichischen Sozialdemokratien befinden sich bereits in der größten Verlegenheit, ob dieser Haltung der Regierung, allgemeine Unzufriedenheit der Genossen brach auf dem Salzburger Parteitag aus. Man erwartete irgend einen "Clou", der Bewegung in die Massen bringen sollte; aber niemand fand ihn; darüber jammerten fast alle Delegierten.

Der Reichsratsabgeordnete Eder schaffte zwar recht forscht ein; er verkündete gegenüber dem steten Fortwurstelln mit dem § 14: "Die Arbeiterschaft kann sich die Attentate nicht gefallen lassen, sie muß zu einem entschiedenen Schlag ausholen." Ganz schwültern erischoll der Ruf: "Zu welchem?" Und der fühlige Abgeordnete verstummte. Aber die Genossin Schlesinger gab nicht nach, sie setzte dem Referenten die Pistole auf die Brust mit den Worten: "Welchen entscheidenden Schlag", welche "große Aktion", welches "bisher noch unversuchte Mittel" hat der Referent denn eigentlich gemeint? (Heiterkeit.) Diese allgemeine Art, radikal zu sprechen, erscheint denen, die in den Organisationen arbeiten, sehr ihre Aufgabe. Man kommt dort mit den unzähligen unverträglichen Vorschlägen und wird sich dann auf den "entscheidenden Schlag" berufen. (Sehr richtig!)

Ran war große Not unter den Führern; der jüdische Millionär Genosse Dr. Adler stammelte allerlei Verlegenheitsphrasen her, vertröstete die Genossen auf den Zeitpunkt der "Neukonstruktion Österreichs" und gestand offen die Abstammung in der Agitation ein, aber den "entscheidenden Schlag" enthielt er den wißbegierigen Genossen nicht. Ein Radikaler Winnatsky jammerte über die Verschwiegenheit der Partei und forderte gleichfalls eine große Aktion, aber der Abgeordnete Schumayer hielt ihm entgegen: "Er verlangt daß andere vorgehen sollen, und weiß doch nicht, wohin es gehen soll; er sitzt jetzt mit in der Parteileitung, aber mir fällt ihm ein." Da kam einem Genosse Freundlich ein rettender Gedanke und er empfahl den Generalstreik, der eben in Italien unter so vielen Opfern verbracht ist. Mit gutem Humor und unter Anspielung auf das Ausscheiden zweier Erzherzöge aus der Armee fiel der Ruf: "Besassen wir uns lieber mit dem Streik der Generäle." Also auch damit war es nichts. Dr. Adler bestieg nochmals die Tribune, aber er beruhigte nur und gab dem Parteitag viel Schlafpulver, und Dr. Ellenbogen meinte im Berger: "Bei uns spielt die Rücksicht auf die Stimmung der Massen eine groÙe Rolle. In Deutschland ist man mit Niederschlägen eher bei der Hand. (Lebhafte Zustimmung.)"

So ein bisschen Pulverrauch, mehrere Tote und eine Anzahl Verwundete sind also den friedliebenden Sozialdemokraten viel lieber als ruhige Zustände; wir glauben es gern.

Den Abgeordneten wurden die schärfsten Vorwürfe aus der Versammlung entgegengeschleudert; sie seien Bremer und Dr. Adler gar sei der "Oberbremser". Schließlich einigte man sich doch auf folgende nichtsagende Resolution: "Der Parteitag erkennt die schwierige Lage, in der sich der sozialdemokratische Verband innerhalb der heutigen politischen Verhältnisse befindet und ist überzeugt, daß derselbe alles im Interesse des Proletariats getan hat, was unter solchen tristen politischen Verhältnissen getan werden konnte. Er spricht ihm daher Anerkennung und vollstes Vertrauen aus." Nach diesen Worten folgte Taten! Zuerst wird die Verbandsleitung nach allen Richtungen zerstört und am Schluß erhält sie "Anerkennung und vollstes Vertrauen". Aber man sieht, wie die Genossen in Österreich förmlich nach einer Ungleichheit der Regierung lechzen und nahezu verdursteten, weil sich eine solche nicht zeigt.

Bei uns zu Hause muß man hieraus lernen. Was haben die Vorgänge beim Königsberger Prozeß geschadet, — darin der fehlende Haltung der obersten Behörden in Preußen! Für die Scharfmacher in der Presse, in den Parteien und Arbeitgeberverbänden ist dieser Vorgang in Salzburg nicht minder lehrreich. Hat doch selbst der Abgeordnete Böbel einmal im Reichstage eingestanden: "Wir leben nur von ihren Fehlern." Entziehen wir also der Sozialdemokratie den nötigen Sauerstoff, indem der Staat und öffentliche Organe nicht in die Fehler à la Königsberg verfallen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die materielle Seite des lippeischen Thronfolgerreiches ist das große Hausvermögen. Es besteht aus dem ganzen Domantum, davon 100 000 Wogen Wald und fruchtbarem Ackerland, Weitereien, Montangeschäfte usw. und seine Einkünfte werden mit einer Million Mark jährlich nicht zu hoch gegriffen sein. Nur 60 000 Mark davon sind nach dem Vertrag von 1868 durch diefürstliche Kammerklasse als jährliche Geldrente an die Landeskasse hinaus zu bezahlen. Der nutzbare Grundbesitz des Hausesvermögens beträgt ein ganzes Fünftel des lippeischen Landes, das 1215 Quadratkilometer und 139 000 Einwohner umfaßt.

Das Jesuitengesetz und die neidischen Gegner. Daß das Zentrum die Aufhebung auch des § 1 des Jesuitengesetzes immer wieder fordert wird, das könnte sich eigentlich auch der einfältigste unter unseren zahlreichen Gegnern denken. Das hindert die gegnerische Presse aber nicht, immer wieder Kombinationen anzustellen, sobald einmal wieder von einer Aufhebung des § 1 die Rede ist. Neulich hat der Abg. Spahn in seinem Wahlkreise Rheinbach von der Notwendigkeit der Aufhebung dieses Restes der Jesuitengesetzes gesprochen, das dauerte es nicht lange, bis die "Nin. Amt." geheimnisvoll die Aufhebung oder mindestens die Erweiterung des Jesuitengesetzes als das Winterprogramm des Zentrums hingestellt hatte und jetzt haben sich die Gegner bereits zu der schlauen Entdeckung durchgemauert, das Zentrum werde bei der nächsten Landtagswahl einen Kubehandel: Marinevorlage gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes in Szene setzen. — Man weiß wirklich nicht, ob die Hundstage schon vorüber sind oder ob die große Hitze des letzten Sommers noch nachträglich ihre Schuldigkeit tut. Auffällig, wenn nicht bevorzugtregend ist jedenfalls irgendwo bei den Herren etwas.

Ein treffendes Zeugnis für die geistliche Ortschulaufsicht gibt der "Evangelische Kirchliche Anzeiger" für Berlin in folgenden Worten ab: "Wir können ganz einfach und kurz sagen, daß die jetzige Regelung der Ortschulaufsicht die beste ist, die die sicherste Gewähr gibt für das Wohl der Jugend und damit des Volkes der Zukunft. Und wir würden nicht, warum die Verbindung der Kirche mit der Schule in der geistlichen Ortschulaufsicht diese nicht geben sollte. Auf dem Lande — und um das handelt sich in der ganzen Frage doch vornehmlich — ist das Ansehen der Kirche und des geistlichen Amtes noch immer groß genug, um auch der Schule und ihrer Erziehung, wenn sie in Verbindung mit der Kirche steht, zu gute zu kommen. Wir glauben nicht, daß die Schule an Autorität und Einfluß gewinnt, wenn sie auch die legitime Verbindung mit der Kirche, wie sie in der geistlichen Schulaufsicht für das Volkswohlbefinden zum Ausdruck kommt, abdrückt. Wir glauben auch nicht, daß die Autorität der Kirche in der Volkserziehung gehoben werden wird, wenn in den Augen des Volkes durch die Ausklärung des Pastors von der Schulaufsicht der Schein entsteht, als habe die Kirche in Schul- und Erziehungsfragen den Rund zu halten. Aber auf Schule und Kirche ist der Staat mit der Volkserziehung angewiesen — untergräßt er beiden die Autorität, so läßt es sich selbst den Ast ab, auf dem er sitzt. Mag er dann sehen, wer ihm die Jugend erzieht — es bleibt ihm für die männliche Jugend vielleicht noch die vielgerühmte Erziehungsschule des Militärs. Was aus den Mädchen wird, ist eine Sache für sich —, und was aus der männlichen Jugend wird, wenn nicht mehr der Lehrer und der Pastor, sondern der Unterofigier Volkserzieher wird? Mögen die Antwort unsere Leser sich selbst geben." Das christliche Volk beider Konfessionen hat sich die Ant-

wort schon gegeben und hält deshalb streng fest an der geistlichen Schulaufsicht.

— Die altenburgische Erbschaftsfrage. Der Landtag nahm gestern den Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Erbschaft unter Verwerfung des Protestes des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein an.

— Der deutsch-rumänische Handelsvertrag ist am 8. d. M. in Bukarest unterzeichnet worden.

— Mit dem am Sonnabend in Hamburg eingetroffenen Postamtschef „Hans Woermann“ sind 36 Rekonvaleszenten aus Deutsch-Südwestafrika, die während des Feldzugs gegen die Hereros verwundet wurden oder erkrankten, sowie Oberstleutnant Charles de Beauvieu, der bisherige Generalstabsoffizier der deutschen Truppen in Südwestafrika, in Hamburg eingetroffen.

— Die Okzisten in neuen Noten. Das neue Anfiedelungsgebot mit dem eventuellen Verbot der Gründung neuer polnischer Heimstätten genügt den Okzisten schon nicht mehr; ja, sie gestehen bereits verschämt ein, daß dieses Gesetz leicht umgangen werden kann. So habe der polnische Reichstagabgeordnete Dr. r. Starzynski in einer öffentlichen Versammlung empfohlen, daß jeder polnische Bauer veranlaßt werden könnte, einen Pachtgelanden anzugeben, dem er nur Dach und Dord zu gewähren beauftragte; so könnte dem Polentum viel Land erhalten bleiben und, ohne daß jemand es zu vinden vermöge, viel neues Land durch Kauf in volkstümliche Hand gebracht werden. Dass auch dieses Mittel noch nicht das letzte ist, geht aus der Aeußerung des Redners hervor: „Lebet dieses Thema könnte man stundenlang sprechen. Aber es ist am besten, wenn man gar nicht darüber spricht.“ Zugleich sei erwähnt, daß der genannte polnische Reichstagabgeordnete auch einem eingerufenen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Polen das Wort redete und in Aussicht stelle, vielleicht kommt das noch soweit, daß wir unseren Handwerkern, Kaufleuten und Arzten werden Subventionen geben können.“ Es steht nun bereits die „Nationalzeitung“ ein, daß selbst der Kürte § 13b des Anfiedelungsgebotes nicht mehr genügt. Sie spricht schon von einer „neuen Gefahr“ für die Anfiedelungskommissionen. Einen Gegenstand hat das liberale Blatt allerdings noch nicht gefunden. Aber man sieht auch heraus, wie verfehlt die gesamte Polenpolitik ist. Mit staatlichen Gewaltmaßregeln reizt man nur das Volk zum heftigsten Widerstande.

— **Über die Tagung des Protestantvereins** zu Berlin schreibt die „Kreuzzeitung“: Der Protestantentag ist so still vorübergegangen, als ob es eine Geheimversammlung von Einfliegern gewesen wäre. In der Tat hat er, wie man unter der Hand hört, mehr den Eindruck einer privaten Zusammenkunft von alten Bekannten gemacht, als den einer mächtigen Organisation aus allen Teilen des Reichs. Seine Präzessliste lebt u. a. darin, daß er zu einem vollen Drittel aus Frauen besteht, daß sich auch Kommuniaisten eingeschaut haben. Über den Gedankenaustausch wird nicht streiten. Wenn das Beispiel der liberalen Zungenvereine, die der Nationalismus groß gezogen hat, in den Kreisen dieser „tierischen Gesellschaft“ Schule gemacht hat, so daß er selbst Schüler heranzuziehen sucht, die hinter den Ohren noch nicht trocken geworden sein können, so ist das ihre Zache. Allein für große Zukunftsfredigkeit spricht das gerade nicht, daß man so weit herabsteigen muss, um neue „Flüchte“ zu finden. Die ergebene Presse scheint denn auch, wie aus ihrer fühlen Zuwendung zu schließen ist, von dem Verlaufe des Ganzen keineswegs erbaut zu sein. Der Gang der Verhandlungen — die, wie uns berichtet wird, in der Form erstuft und würdig verlaufen sind — wird zum Abschluß mit einer sehr knapp gehaltenen Mitteilung zusammengefaßt, aus der sich eigentlich nur entnehmen läßt, daß der bekannte Pastor Taulze in Dresden von zahllosen jüngeren Theologen aufs tieffeste verehrt werde. Periodisch gönnen wir ihm das; was aber hat es mit der Sache des Protestantvereins zu tun, der Sache trotz einer opferwilligen wirtschaftlichen Tätigkeit ebenfalls bei weiter helfen können, wie all die anderen mit ihrem fröhlichen Sinn und ihrem freien Herzen, das den Weg zum Gemüth des Volkes eben deshalb nicht findet?

— **Humor in der Schulfrage.** Im „Freien Wort“ gibt ein den „Lehrerkreis“ angehörender Mitarbeiter folgende Geistesblüten zum besten: Ausgehend von dem Gedanken, daß durch die Simultanakademie die deutsche Kultur auch den Katholiken teilhaftig werde, von diesen aber dann zur Bekämpfung derer und zur Förderung des Ultramontanismus verwendet würde — das ist dasselbe, als wenn Sie den Herren die besten Magazinengewehre in die Hand gäben, damit sie nur in die Deutschen gut niederknallen könnten — kommt der Mann zu dem Vorschlag, die Katholiken ganz unter der falschen Meinung nach verunsicherten Einfluß der Konfessionsakademie zu lassen; denn so heißt es wörtlich weiter:

Die Akademie wird die sein, daß sie ein neues Proletariat in Deutschland bildet, das im wesentlichen aus Ultramontanen besteht, während die protestantischen und freidenkenden Volksschichten dadurch, daß man ihnen die Konkurrenz der Katholiken vom Halse hält, rats in bessere Lebenshaltung einrichten können. ... Protesten muß und wird es feste geben. Da meine es bei für den Fortschritt der Menschheit am besten, wenn man die Ultramontanen in ihrem Vertriebenen, die Kinder nicht lernen zu lassen, bestrafte ... noch einiges Jahrzehnt wird dann der Ultramontanismus so wie so kaputt sein, weil seine Deutungen wirtschaftlich total auf den Damm gekommen sein werden.“ (Ostoberheit: Jahrgang 1904, S. 526 f.)

Der Verfasser ist wirklich ein tief verankelter Geist, der des trockenen Tonos anscheinend gründlich fällt. Sein Geistesblüte ist selbst dem „Freien Wort“ zu dünn und es belästert den Mann, daß sein Vorschlag, den Drachen Ultramontanismus zu bekämpfen, schon deshalb nichts taugt, weil sein Staat sich den Luxus eines Massenproletariats leisten könne, sodann aber, weil ja doch auch Gegner des Katholizismus wie Luther, Döllinger, Ronge, jetzt Combes aus dem Katholizismus hervorgegangen wären. Des Rudels Stern ist also der, durch Simultanakademie die Katholiken mit „deutscher Kultur“ zu infizieren, damit aus den so infizierten Kreisen dann Gegner des Katholizismus a la Ronge und Döllinger hervorgehen! Auf welche Gedankenabwege doch der Kasten führt! Dem „Freien Wort“ aber empfehlen wir ein gründliches Nachdenken über die Bedeutung der Worte Freiheit und Toleranz.

— Wie bekommen ein neues 50-Pfennigstück, so hat es der Bundesrat in seiner letzten Sitzung beschlossen. Die Zustimmung des Reichstages ist nicht mehr erforderlich. Be-

fannlich enthielt die im Sommer infolge der Talerfrage gescheiterte Münznovelle auch ein neues 50-Pfennigstück, das selbe sollte ein anderes Münzungsverhältnis wie das jetzige erhalten, würde dieser, aber im Durchmesser kleiner und würde so sehr häufig mit dem Fünfpfennigstück verwechselt werden sein. Durch Ablehnung der Münznovelle fiel auch dieses Geldstück. Nun hat man im Reichsbuchamt ein neues 50-Pfennigstück dem Bundesrat vorgelegt und dieses fand am 8. d. M. Annahme. Da an dem Münzungsverhältnis nichts geändert wird, muß die Zustimmung des Reichstags nicht erst eingeholt werden. Die neue Münze dürfte sehr gefallen; sie hat ganz denselben Durchmesser wie das jetzige 50-Pfennigstück, unterscheidet sich aber in sehr vorteilhafter Weise von demselben, so daß eine Verwechslung nahezu ausgeschlossen erscheint. Statt der Bezeichnung 50 Pfennig ist die „½ Mark“ gewählt worden, sodaß auch die abgenügte Münze sofort auf den Blick erkennbar ist und man sie nicht für ein Zehnpfennigstück hält. Aber auch im Griff ist die Münze leicht erkennbar; sie hat einen sehr stark gerillten Rand mit erhöhter Prägung; das Zehnpfennigstück ist ebenfalls glatt geprägt. Wer das neue Geldstück in die Hand nimmt, weiß sofort, daß er keine Nickelmünze besitzt; somit läßt sich auch im Dunkeln diese Münze vom Zehnpfennigstück unterscheiden. Auf der Rückseite ist die Umrahmung des Reichsadlers durch einen Eichenkranz beibehalten. Die Münze macht einen sehr hübschen und gefälligen Eindruck. In der „Schlef. Wollsztg.“ hat schon Anfang September ein Zentrumsabgeordneter diese Art der Ausprägung vorgeschlagen. Nun mehr wird sich das Reichsbuchamt mit der Lösung der Talerfrage befassen. Da die Gutachten in der Mehrheit ablehnend erfolgen, so wird daran gedacht, die fünfmarkstücke in der Größe des Talers zu prägen, nur etwas dicker; mit diesem Kompromiß dürfte auch dem Reichstag gefallen sein.

— Eine Volksversammlung wurde am Sonntag zu Lage (Lippe) im Hotel Reichskrone abgehalten, die war von 20.000 Männern aus dem ganzen Lande besucht. Professor Taiche, der die Versammlung eröffnete, bemerkte, daß die Teilnehmer an der selben allen Parteien angehörten. Die Frage der Chronotriebberechtigung sowie das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an den Grafen Leopold sollten aus der Debatte auscheiden und heute nur die Regentenfrage behandelt werden. Nachdem sämtliche Redner einmütig für die dem Landtag von der Regierung unterbreiteten Vorschläge eingetreten waren, wurde ein der Regierung und dem Landtag mitzuteilender Weißluftantrag angenommen, welcher im wesentlichen folgendes besagt: Die Versammlung betrachte eine Aufhebung des Regentenstaatgesetzes, wie sie sich in dem Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an den Grafen Leopold und in dem Protokoll der schaumburgischen Regierung fundgebe, als einen unberechtigten und bedauerlichen Eingriff in die Selbstverwaltung und Souveränität des lipischen Staates und spreche der Regierung für ihr mutiges und wahrvoles Eintreten für die Rechte die vollste Anerkennung aus. Sie billige den von der Regierung an den Bundesrat gestellten Antrag und erteile den Landtag, sich diesem Antrag vollständig anzuschließen. Auch betrachte die Versammlung die auf Ergänzung des Regentenstaatgesetzes abzielende Regierungsvorlage als einen Alt weiser Fürsorge und erteile den Landtag, die Vorlage durch eine Zustimmung zum Gesetz zu erheben. An den Grafen-Regenten wurde ein Guldings-Telegramm abgeändert, in welchem es heißt, die Versammlung habe unverzagt auf dem Vorsatz des Regentenstaatgesetzes und betrachte jede Ansicht desselben als einen bedauerlichen Eingriff in die Selbstverwaltung und Souveränität des lipischen Staates. Das Telegramm istlicht, indem es unverbrüchlicher Treue und Aufrichtigkeit an den Regenten und das angestammte Herrscherhaus Ausdruck gibt. Auch an Staatsminister Gevelot wurde ein Danktelegramm abgeschickt. Mit einem Hoch auf Seine Majestät den Kaiser und den Grafen Leopold wurde die Versammlung geschlossen.

— Kann Deutschland seinen Getreidebedarf selbst produzieren? Diese von den Sozialdemokraten und Freihändlern stets mit Nein! beantwortete Frage erfährt eine höchst interessante Beleuchtung durch einige Zahlen aus dem eben erst erschienenen statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich von 1901. Diese Zahlen reden mehr als viele Worte. Hier nach war von 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903 in Deutschland zum Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke vorhanden an Roggen: 9.211.687 Tonnen, an Weizen: 3.823.458 Tonnen; die anderen Getreidearten (Gerste und Hafer) lassen wir fort, da sie für die Brotherstellung nicht in Betracht kommen. Bei diesen genannten Summen ist der Bedarf für die Ausfuhr und die Ausfuhr abgerechnet; die Einfuhr selbst ist zugezählt. Wie hoch steht sich nun gegenüber diesem Bedarf die Getreintermenge an Roggen: 9.901.493 Tonnen, an Weizen: 3.755.064 Tonnen. Hält man nun diese Zahlen mit dem Verbrauch zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Deutschland produziert weit mehr Roggen, als es für die Ernährung seiner Bewohner nötig hat; es hat sogar einen Überschuß von fast 700.000 Tonnen; an Weizen nun stellt sich ein Mangel von 2.3 Millionen Tonnen dar. Da beide Getreidearten sich sehr leicht gegenseitig verwenden lassen, so ist ein Mangel von 1.6 Millionen Tonnen vorhanden, der durch Einfuhr gedeckt werden muß. Aber diese Zahlen treffen nur unter den heutigen Produktionsverhältnissen zu; sobald für unsere Landwirtschaft der Getreidebau durch höhere Zölle lohnender wird, kann sie gewiß den vollen einheimischen Bedarf decken. Das ergibt sich schon jetzt aus der Steigerung der Produktionsmenge unter den schlechten Getreidepreisen. Während 1893 nur 16,7 Doppelzentner Weizen auf 1 Hektar geerntet wurden, betrug 1903 die Erntemenge bereits 19,7 Doppelzentner; das ist eine Steigerung von 3 Doppelzentner pro Hektar; die gesamte behaute Weizenfläche in Deutschland betrug 1903 aber 1.807.475 Hektar; tritt hier nun pro Hektar eine Steigerung des Erntetages von 2 Doppelzentner ein, so erhalten wir schon 3.600 Mill. Doppelzentner = 360.000 Tonnen mehr Weizen. Dazu tritt aber noch, daß die Anbausfläche für Weizen tatsächlich ausgedehnt werden kann und von unserer Landwirtschaft noch ausgedehnt wird, sobald der Anbau sich lohnender gestaltet. Während also die deutsche Landwirtschaft uns jetzt

schnell genügend mit Roggen versorgen kann, ist in ganz sichere Aussicht zu nehmen, daß dies auch für Weizen eintritt, sobald man den Anbau desselben so lohnend macht, daß der Landwirt hierauf erzielen kann. Dieses Ziel aber will der neue Zolltarif mit den Handelsverträgen herbeiführen. Durch Annahme des ersten hat somit der Reichstag und hier namentlich das Zentrum nicht nur der Landwirtschaft einen großen Dienst geleistet, sondern dem gesamten deutschen Vaterlande, für das es von höchster Bedeutung ist, daß es seinen Getreidebedarf aus dem eigenen Boden gewinnen kann. Das Gescheh der Sozialdemokraten und Freisinnigen über die absolute Notwendigkeit der Einfuhr fremden Getreides muß angesichts dieser Zahlen wahrlich stiller werden und verstummen! Das Jahr 1902 mit seiner besseren Beizenerate war noch günstiger für unsere Ansicht!

— Eine Absehung an den sozialdemokratischen Parteitag in Bremen richtet das Organ der mächtigen Gewerkschaft der Buchdrucker; dasselbe schreibt: „Nachdem die Anschauung der Gewerkschaften als Rekrutenschulen der sozialdemokratischen Partei vor Jahren über Bord geworfen ist, will man die Hand aufs Ganze legen. Da kann von gewerkschaftlicher Seite nur kräftig gestoppt werden, umso mehr, als es ziemlich deutlich wurde, daß man die Gewerkschaften, unbestimmt um deren Lebens- und Tagesfragen, in erster Linie zur Finanzierung einiger Aktionen der politischen Bewegung gebraucht will, welche heißen: Generalstreik und Maifeier. Das kann es nicht geben... Wo uns die Fragen der Laktif nicht trennen, werden Gewerkschafts- und politische Bewegung einträchtig nebeneinander marschieren, sonst aber ist und bleibt der Grundtag in Geltung „Siuum enique“, und damit basta!“ Mit den Geldern für die Gewerkschaften nehmen es die Genossen schon jetzt nicht mehr so genau; das zeigt ein Vorfall anlässlich des Löbtauer Kravalls, von dem für die Verurteilten in allen Gewerkschaften gesammelt wurde. Wie nunmehr die „Sächs. Arbeiterztg.“ eingestellt sind nicht alle Gelder an die Verurteilten und deren Familien verteilt worden, sondern es wurde ein erheblicher Betrag derselben an die sozialdemokratische Partei kasse nach Berlin abgeführt, angeblich zur Unterstützung von anderen Arbeitern, die von ähnlichen Urteilen betroffen worden sind. Aber bis jetzt liegt die Summe immer noch bei der sozialdemokratischen Partei kasse. Nun befinden sich unter den Sammelgeldern für die Löbtauer auch sehr viele Beiträge von christlichen Arbeitern, die angesichts jenes harten Urteils auch ihr Scherlein beisteuerten. Diese Spender ernehren sich aber dagegen, daß man ihr Geld für sozialdemokratische Zwecke verwendet; sie werden darum die Lebte ziehen, in ähnlichen Fällen einfach nichts mehr zu geben!

— **Spott über den Generalstreik** findet man im „Vorwärts“, als die italienischen Sozialdemokraten denselben proklamierten, herrschte aber in demselben Organ großer Jubel; man fand nirgends ein Wort des Todes. Anders aber ist es, da nun dieses Wunder hier in Berlin durchgeführt werden soll. Gegenwärtig herrscht ein partieller Streik der Berliner Metallarbeiter, die Polizei geht gegen die Streikposten in auffallend scharfer Weise vor. Daraufhin ist in einer Versammlung der sozialdemokratischen Metallarbeiter der Vorschlag gemacht worden, zu gegebener Zeit über Berlin und die Vororte den Generalstreik als Demonstration gegen die Polizeivillkür zu proklamieren. Ganz seien die Gewerkschaften mit Recht grundsätzlich Gegner der Friedberger Generalstreikidee, dennoch sei es sehr wohl möglich, den Gedanken eines allgemeinen Demonstrationsstreikes zu erörtern, zumal es sich um die Verteidigung und Festhaltung eines gesetzlich gegebenen Rechts gegen willkürliche und ungefährliche Einschränkung handelt. Wenn z. B. in Berlin und den Vororten die gesamten 150.000 Arbeiter, davon sich möglicherweise noch tausende der Unorganisierten anschließen würden, auf einem Schlag etwa 3 bis 8 Tage die Arbeit niedersetzen, dann würde vielleicht sogar die Unternehmer auf die Polizei einwirken, den Streikenden gegenüber andere Seiten aufzuziehen. Dieser Vorschlag hat große Bekämpfung im „Vorwärts“ hervorgerufen; er sucht seine Bekämpfung unter Spott zu verborgen, spricht von einem „Generalstreiklein“ und meint, daß ganz andere Mittel notwendig sein würden, um wirklich einen tiefen Eindruck auf Publikum und Behörden zu erwecken, dichten 3–8 Tage lang keine Zeitungen erscheinen, müßten der Straßenbahnbetrieb, der Omnibusbetrieb ruhen, die Markthallen und Verkaufshäuser geschlossen sein. Aber diese Gewaltmittel zu befürworten, hat der „Vorwärts“ selbst nicht den Mut; in Italien läßt er es ruhig anwenden; aber bei uns zu Hause will er hieron nichts wissen.

— **Oesterreich-Ungarn.**

— Kaiser Franz Josef wohnte am Sonnabend im Wallsee der Taufe des neugeborenen Sohnes des Erzherzogs Franz Salvator bei.

— Vor dem Oberhofmarschallamt hat am Sonnabend die Verhandlung über das Begehr der Prinzessin Luisa von Coburg wegen Aufhebung der Entmündigung stattgefunden. Die Entscheidung erfolgte heute nicht, sondern wird schriftlich ausgetragen werden.

— Der Ministerpräsident Tisza soll in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses die Einführung eines Ausschusses zur Änderung der Haushaltungsordnung beantragen. Die Änderungen sollen nach Absicht der Regierung die Sicherung der Beratung des Staatsvoranschlages innerhalb eines gewissen Zeitraumes, die Verhinderung der technischen Obstruktion und die Aufrechterhaltung der Ordnung des Abgeordnetenhauses betreffen.

— Die Prager Obstruktion. Weder die eindringlichen Mahnungen des Statthalters Grafen Coudenhove, dessen Rede im Landtag selbstverständlich die Anschauung der Wiener Zentralregierung vermittelte, noch die Vermahnungen des Oberstlandmarschalls Fürsten Georg Bobkowitsch verhinderten das Ergebnis der am Freitag stattgefundenen Obmännerkonferenz der böhmischen Landtagsparteien zu einem positiven zu gestalten. Die deutschen Abgeordneten glauben von ihrem, die Ausschaltung der Rottandsvorlagen aus der Obstruktion ablehnenden Standpunkt nicht abgehen zu dürfen. Sie beharren bei der Anschauung, daß die Rottandsvorlagen Reichangelegenheit und für ihre verfassungsmäßige Behandlung in erster Linie das Parlament kompetent sei. Da die Rottandsaktion des Reichsrates



messen können. Die russischen Berichte betonen selbst die Gefährlichkeit des Unternehmens, das einen langen Marsch an der von der japanischen Flotte beherrschten Ostküste entlang erfordert, wo eine russische Kolonne leicht abgeschnitten werden kann.

Aufzählen muss der ungehörte Verkehr, den jetzt Blasphemie mit der Außenwelt unterhält. Ganz ist die „Rossija“ zu schwer beschädigt, um überhaupt wieder seetüchtig zu werden. Es bleiben aber immer noch der „Gromoboi“ und der „Dognat“, deren Wiederherstellung schon vor einiger Zeit gemeldet war, und die freie Fahrt großer Kohlenladungen ist auch für die Armee in der Mandchurie wertvoll.

Wie der Regierungsbote aus Mukden meldet, hat General Kurovski am 2. d. Mts. einen Tagesbefehl erlassen, in dem er die Truppen auf die Schwierigkeiten hinweist, die Armee auf die nötige Stärke zu bringen, und die Notwendigkeit des bisherigen Zurückweichens betont. Er habe den Rückzug nach Mukden summervollen Herzens befohlen; er habe ihn aber befohlen in der unerschütterlichen Überzeugung, dass der Rückzug nötig war, um schließlich einen entscheidenden Sieg zu erringen. Der Kaiser sende jetzt ausreichende Streitkräfte und werde weitere Truppenmassen nach Ostasien kommandieren, wenn auch diese nicht ausreichen. Es sei der unbeugbare Will des Kaisers, den Feind zu besiegen, und dieser Wille werde unbeugsam durchgesetzt werden. Jetzt breche die von der Armee längst erwartete Zeit an, wo man vorrücken und dem Feinde seinen Willen aufzwingen könne: denn die Mandchurialmee sei nunmehr stark genug, um zum Angriff überzugehen. Schließlich fordert der Befehl die Armee auf, sich von dem Bewußtsein der Wichtigkeit des Sieges, besonders im Hinblick auf die Entfernung Port Arthur's, durchdringen zu lassen. Nach diesen Worten würde also die Taktik des Angriffes eingeschlagen werden.

### Neues vom Tage.

Bürgburg, 8. Oktober. Das Schwurgericht verurteilte den wegen Weinledes angeklagten griechischen Konfus, Weingroßhändler Ott, zu 7 Monaten und 15 Tagen Gefängnis.

Siegburg, 8. Oktober. Heute vormittag 10 $\frac{1}{2}$  Uhr explodierte in einem Gebäude der Geschäftsfabrik, in welchem die Geschosse gefüllt und aufbewahrt werden, ein Kessel mit Explosivstoffen. Drei Arbeiter wurden sofort getötet, acht erlitten teils schwere, teils leichte Verletzungen. Einige Arbeiter werden vermisst. Das Gebäude stand in kurzer Zeit in Flammen. Tausende von Geschossen explodierten unter furchtbarem Knall, mächtige Rauchwolken empor-

siedend. An ein Löschchen konnte nicht gedacht werden wegen der Gefährlichkeit. In dem Raum der Geschäftsfabrik, in dem die Explosion erfolgte, wurden die Geschosse auf elektrischem Wege mit Sprengstoff gefüllt. Man nimmt an, dass die Explosion durch Kurzschluss in der elektrischen Leitung entstanden ist. Die Detonationen dauerten bis 2 Uhr nachmittags. Vor Ablauf von 24 Stunden ist eine nähere Untersuchung wegen der damit verbundenen Gefahr nicht möglich. Wie verlautet, lagerten in dem betreffenden Raum 60 000 Schrapnells. In dem Raum waren 100 Arbeiter tätig.

Mannheim, 8. Oktober. Die Neue Badische Landeszeitung meldet aus Radolfzell: Auf der Heimfahrt von hier nach Ingang ertranken gestern abend sieben Arbeiter durch Umzägen des Bootes im Bodensee.

Marseille, 7. Oktober. Der allgemeine Ausstand der Hafenarbeiter wird als beendet angesehen; die Schiffahrtsgesellschaften haben Vorkehrungen getroffen, um die Handhabung des Dienstes von morgen ab sicher zu stellen.

Monaco, 9. Oktober. Infolge eines an der Küste herrschenden sehr heftigen Sturmes ist hier eine Hochflut eingetreten. Das Wasser drang in eine Reihe niedriggelegener Häuser, deren Bewohner sich in die oberen Stockwerke flüchteten. Stellenweise ist das Straßengrundstück aufgerissen. Durch den Einsturz einer 10 Meter hohen Mauer wurden mehrere Häuser beschädigt. Das Unwetter dauert fort.

### Telegramme.

Reval, 9. Oktober. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit dem Thronfolger und dem Generaladmiral Großfürsten Alexei hier eingetroffen.

Tojo, 8. Oktober. Der Kaiser von Japan hat dem Prinzen Karl Anton von Hohenzollern den Chrysanthemumorden verliehen.

### Sport.

Das Große Dauerrennen mit Motorführung, das am Sonntag auf der Dresdner Rennbahn stattfand, hatte ca. 13 000 Menschen herbeigelaufen, die trotz der empfindlichen Kühle bis zum Schluss der interessanten Rennen aushielten. Die Rennen Hobl-München, Champion-Paris, Hall-London hatten ihre Anziehungskraft auch diesmal bewahrt, sodass der Verein für Radwettfahrten seine Rennen mit einem vollen Erfolg abschließen konnte. Leider gelangten jedoch diesmal die deutschen Farben nicht zum Siege, sondern Hobl unterlag infolge eines Maschinenevents, durch den er 17 Minuten einschlief, dem französischen Meisterfahrrad Champion-Paris, der die 100 Kilometer lange Strecke in 1 Stunde 27 Minuten 2 $\frac{1}{2}$  Minuten zurücklegte. Schrenkemann durchfuhr dieselbe Strecke im vorjährigen Jahre auf der Dresdner Rennbahn in 1 Stunde 27 Minuten 14 Sekunden. Der Franzose

verbesserte also den Dresdner 100 Kilometer-Rekord um 18 Sekunden. Das Rennen, an dem sich außer den drei Obergenannten noch Simar-Paris beteiligte, verließ bis zur 16. Runde ziemlich geschlossen, dann rückte Hobl langsam aber sicher vor und hatte bei der 26. Runde die beiden sich zusammenhaltenden Franzosen überholt. Hobl verlor bei der 26. Runde seinen Schriftmacher und blieb hierdurch merklich zurück, und Simar, der sich bis zur 36. Runde tapfer im Vorberetzen gehalten hatte, erlitt einen wichtigen Defekt am Motor und musste infolgedessen die Führung endgültig an Hobl abtreten, der, von Champion dicht gefolgt, in ruhigem gleichmäßigen Tempo die Bahn durchschritt. Hobl und Simar lagen schließlich 10 resp. 12 Minuten zurück. Hobl wurde zweiter mit 17 Minuten Verlust. Hall-London dritter und Simar-Paris vierter. Das Publikum gab seinem Unmut darüber, dass sein Liebling nicht gefiebert hatte, mehrfach durch Beifalls-Ausbrüche. Dem Dauerrennen ging ein Dauerrennen über 20 und 30 Kilometer nach Punktregelung für Klasse B voraus. Im ersten Lauf (20 Kilometer) siegte Große Leipzig nach 17 Minuten 54 Sekunden, zweiter wurde Leipzig-Berlin. Auch im zweiten Lauf über 30 Kilometer passierte Große Leipzig nach 26 Minuten 39 Sekunden als Erster das Ziel. Zweiter wurde Rosenlöcher-Dresden.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

In den großen Leipziger Ausstellung im Kunstabteil Ernst Arnolds beansprucht zur Zeit die umfangreiche Kollektion Börscher's Radierungen wohl das meiste Interesse. Der kräftige Schwarzweiß-Charakter dieser Blätter und die eigentlich entschiedene Linienkunst, die sich in ihnen entfaltet, stellen sie in die vorderste Reihe der modernen graphischen Erzeugnisse. Da außerdem die Drucke von der denkbaren besten Qualität sind und auch in einer sorgfältigen Ausmachung vorgeführt werden, so dürfte sich wohl selten wieder eine so günstige Gelegenheit ergeben, die Kunst dieses bedeutenden Graphikers zu studieren und zwischen ihr und der modernen deutschen Radierung lehrreiche Vergleiche zu ziehen.

### Briefkästen.

A. B., hier Umfrage: Haben Sie bemerkt, wie famous das Lob des Evang. Bundes auf die „Dr. Neuensch. Radir.“ gewirkt hat? Das Blatt giebt sich jetzt alle Mühe, den bissigen Revolverblättern im Wettkampf alles Katholischen den Rang abzulaufen. Erst gestern brachte es wieder eine Notiz über einen gesuchten Priester. Neben den Prediger in der Pfalz, der mit der Frau eines Fabrikanten durchgebrannt ist, schwelt das Blatt. Auch mit Ammenmädchen über jenflichtige Geschlechter, die von alten Weibern männlichen und weiblichen Geschlechts hier so gern geglaubt werden, dass das Blatt seinen Lesern dienen zu müssen geglaubt und zwar in vorgehriger Nummer. — Antwort: Was Sie da sagen, stimmt ganz und gar, man kann die Katholiken nur warnen, so ein Blatt zu unterstützen.

### Epielplan der Theater in Dresden.

#### Römis. Opernhaus.

Dienstag: Die Faust. Anfang 1/2 Uhr.

#### Residenztheater.

Dienstag: Der Bettelstudent. Anfang 1/2 Uhr.

#### Theater in Leipzig.

Dienstag: Neues Theater: Der Rastefünder. — Altes Theater: Der Hüttenbesitzer. — Schauspielhaus: Der Reißer. — Theater am Thoma-Ring: Seine Kammerjungfer.

## Kath. Vereinshaus Treviris A.G., Trier (Mosel)

Jacob-Strasse 20-30 • Mosel-Strasse 6-12

### Weingrosshandlung



Lieferanten vieler Offizier- u. Civil-Casinos empfiehlt in reichster Mosel- und Saar-Weine Auswahl ihre kleinen Tischweinen bis zu den edelsten Crescenen der ersten Weingutsbesitzer.

Garantie der Naturreinheit. Prospekte portofrei zu Diensten. Export nach allen Ländern.

Nur direkter Verkehr, keine Reisende und keine Agenten.

Fernsprach-Anschluss 141. Reichsbank-Giro-Conto. Telegramm-Adresse: „Treviris“ Trier.

8059

### Geschäfts-Gründung.

Hierdurch teile ich dem gebrüten Publikum von Schirgiswalde und Umgegend ergebnis mit, dass ich von Donnerstag, den 13. Oktober, an in dem von mir läufig erworbenen Grundstücke, Schlauderstraße Nr. 73 b, gegenüber dem Bürgermeisteramt, ein

### Fleisch- u. Wurstwaren-Geschäft

eröffne.

3196

Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beeindruckende Kundshaft mit **guter, schmackhafter Ware** zu bedienen und bitte ich das gebrüte Publikum, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Adolf Mildner.

Bruchbandagen, Leibbinden, Suspensorien, Spülkannen, Chyse-pompon, Mutter- und Klystierspritzen, Gummiwaren, sowie sämtliche Artikel zur Kranken- und Wochenpflege.

**Richard Münnich,**  
Dresden-N., Hauptstr. II.  
Damen steht meine Frau zu Diensten.

### Rosenkränze.

Große Auswahl.  
**Heinrich Trümper** 3179  
Dresden-A., Grottostraße u. Schlossstraße  
in nächster Nähe der kath. Kirche — Telefon 8897



Weine in den verschiedensten Preislagen und Jahrgängen.  
Bordeaux, Südwine u. Cognac.

**Johann Kochann, Dresden-Blasewitz**  
Alemannen-Allee 8.  
Lager: Dresden, Rampische Strasse 3.

**Restaurant „Zum Nordpol“**  
Philippe Bach  
früherer Handelsmeister im „Kath. Gesellenhaus“  
Dresden-A., Rampische Strasse 25/27.  
ff. Bier. — Preisliche Rücksicht.

**Papier-Handlung**  
**M. Wendt**  
Dresden  
1 Prager Strasse 1  
(Große Straße).  
Amt I, 2461.

**Karolinien-Kohle**  
vorzügliche Heizkraft  
schlacken- u. russfreier Brand.

offeriert zu billigstem Tagespreise  
Verkaufsstelle der  
**Karolinien-Grube,**  
Johannstädter Elbufer,  
Telephon I, 391.  
Direkter Werkverschleiss.

Gebr. Möbel, Garderobe  
aller Art kaufen Damaskus,  
Dr.-Pieschen, Torgauer Str.  
58, I. Eine Postkarte genügt. 3174

Ein kath. Beamter  
sucht sofort 200 Mk. auf pünktl.  
Rückzahlung. Agent, verb. öff. u.  
F. F. 212 an die Gesell. d. St. 3196

Allen lieben Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, dass unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr **Ignaz Madlé**

am Sonnabend 1/9 Uhr ahndis sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten  
Die Beerdigung erfolgt Dienstag, den 11. Oktober,  
nachm. 2 Uhr, auf dem äusseren kath. Friedhof.

**Naturheilverein „Kneipp“, Dresden.**  
Samstag, 11. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im „Bürger-Kino“, gr. Saalberg-Vortrag über Milch bei heutiger Viehhaltung, deren Behandlung, deren Röhre für Kinder und Erwachsene, physiolog. erläutert durch J. W. Teichel aus Leipzig. 3197  
Eintagsf. Nichtmitglieder 20 $\frac{1}{2}$ , Bei Erwerb ng der Mitgliedschaft am Saaleingang ticket frei.  
Der Vorstand.

**Oelgemälde Kreide-Pastell-Aquarell-Porträts** werden gesucht, vorzustellen, vorzuholen, aufzurichten und aufzurichten, umfangreiche Sammlungen aller nicht-berührten Pastelle unter Garantie. Rahmen werden gebraucht, vergoldet, poliert und lackiert. Anstalt für Photographie-Verzierung von H. Renz, Marienstraße 1, II., Postplatz.

**J. Hollenbach** Tapetierer u. Dekorateur Dresden-N., Louise-Str. 66 empfiehlt sich zur Anfertigung aller in dieses Fach einschlagenden Arbeiten. Reparaturen sauber und dauerhaft bei billigen Preisen.

**Stets das Neueste Kaffee;**  
Tafel-Thee- u. Waschgeschirr, Küchensachen, Cristall-  
Braut-ausstattungen.  
Versand unter Garantie. Preisverzeichn. u. Muster frei.  
CARL ANHAUSER  
Kaffeehaus & Co. Dresden.

**Damen- u. Kinder-Küte** vom einfachsten bis zum feinsten.  
**Leipziger Hutbazar** Tauchaerstr. 10.  
Während der Messe:  
Augustuspl., 21. Reihe.  
Bei Mitbringung dieses Interates 10 $\frac{1}{2}$  Prozent. 3198

**Schönheit** verleiht ein gutes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, welche sammetweiche Haut und blendend schöner Teint. Alles dies bewirkt nur: **Radebeuler Steckenpferd - Lilienmilch - Seife** von Bergmann & Co., Radebeul mit einer Schutzmarke: Steckenpferd. In Dresden à St. 60 Wf. bei: Bergmann & Co., Kleinkunst. Herm. Koch, Alberts 3.

**Deud: Gazonia-Buchdruckerei**, Verlag des Katholischen Preßvereins, Dresden, Villenstrasse 48. — Verantwortlicher Redakteur: Philipp Bauer in Dresden.